

Stellungnahme zum Antrag

GRÜNE-Gemeinderatsfraktion

Vorlage Nr.: **2021/0779**

Verantwortlich: **Dez. 3**

Dienststelle: **SJB/JuSoDi**

Junge Menschen unterstützen – Ausbildung in Pandemie-Zeiten sofort und deutlich stärken

Gremium	Termin	TOP	ö	nö
Gemeinderat	28.09.2021	32	x	
Sozialausschuss	16.03.2022	2	x	
Jugendhilfeausschuss	19.10.2022	8	x	

Kurzfassung

Der Jugendhilfeausschuss nimmt die Stellungnahme abschließend zur Kenntnis.

Finanzielle Auswirkungen	Ja <input type="checkbox"/> Nein <input checked="" type="checkbox"/>			
<input type="checkbox"/> Investition <input type="checkbox"/> Konsumtive Maßnahme	Gesamtkosten: Jährliche/r Budgetbedarf/Folgekosten:		Gesamteinzahlung: Jährlicher Ertrag:	
Finanzierung <input type="checkbox"/> bereits vollständig budgetiert <input type="checkbox"/> teilweise budgetiert <input type="checkbox"/> nicht budgetiert	Gegenfinanzierung durch <input type="checkbox"/> Mehrerträge/-einzahlung <input type="checkbox"/> Wegfall bestehender Aufgaben <input type="checkbox"/> Umschichtung innerhalb des Dezernates		Die Gegenfinanzierung ist im Erläuterungsteil dargestellt.	
CO ₂ -Relevanz: Auswirkung auf den Klimaschutz Bei Ja: Begründung Optimierung (im Text ergänzende Erläuterungen)	Nein <input checked="" type="checkbox"/>	Ja <input type="checkbox"/>	positiv <input type="checkbox"/> negativ <input type="checkbox"/>	geringfügig <input type="checkbox"/> erheblich <input type="checkbox"/>
IQ-relevant	Nein <input checked="" type="checkbox"/>	Ja <input type="checkbox"/>	Korridortheema:	
Anhörung Ortschaftsrat (§ 70 Abs. 1 GemO)	Nein <input checked="" type="checkbox"/>	Ja <input type="checkbox"/>	durchgeführt am	
Abstimmung mit städtischen Gesellschaften	Nein <input checked="" type="checkbox"/>	Ja <input type="checkbox"/>	abgestimmt mit	

Ergänzende Erläuterungen

Im Juni 2021 stellte die GRÜNE-Gemeinderatsfraktion den Antrag „Junge Menschen unterstützen – Ausbildung in Pandemie-Zeiten sofort und deutlich stärken“. Dieser wurde am 28. September 2021 im Gemeinderat als Tagesordnungspunkt 32 beraten und in den Sozialausschuss verwiesen.

In der Sitzung des Sozialausschusses vom 16. März 2022 wurde dieser Antrag beraten und die Ausführungen des Jobcenters zur Kenntnis genommen. Weiterhin wurde die Anfrage der GRÜNE-Gemeinderatsfraktion dahingehend präzisiert, dass es inhaltlich primär um Jugendliche geht, die nach dem Schulaustritt aus dem Unterstützungssystem „verschwinden“ und die Fragestellung aufgeworfen, wie diese auch mit den Instrumenten der Jugendhilfe erreicht und unterstützt werden können. Auf Zusage des Vorsitzenden erfolgt hierzu diese Stellungnahme.

Folgende Fragestellungen wurden in den Jugendhilfeausschuss verwiesen:

Warum gibt es in Karlsruhe im Unterschied zu anderen Städten keine Zahlen zu sogenannten verschwundenen Jugendlichen?

In Karlsruhe werden wie in anderen Städten Zahlen dazu erhoben, wie viele junge Menschen die Schule ohne einen Abschluss verlassen. Selbstverständlich wird auch in Karlsruhe in enger Zusammenarbeit zwischen dem Stadtjugendausschuss e.V., dem Jobcenter und der SJB versucht, diese jungen Menschen dabei zu unterstützen, den für einen gelingenden Einstieg ins Berufsleben so wichtigen Schulabschluss zu erlangen.

Was bisher nicht erhoben wurde, ist die Zahl der jungen Menschen, die unterjährig das Schulsystem ohne klaren Verbleib verlassen. Dieser Problematik sind sich die handelnden Akteure bewusst, und es wurde in der aktuellen regionalen ESF-Strategie (Europäischer Sozialfonds) genau dieses Thema zu einem Schwerpunkt erklärt.

Dementsprechend werden in Karlsruhe nicht nur Zahlen zu den sogenannten verschwundenen Jugendlichen erhoben, es gibt vielmehr klare Ansätze, diese zu erreichen und zu unterstützen.

Hatten benachteiligte Jugendliche in den letzten beiden Jahren eine viel geringere Chance auf einen Praktikumsplatz und war es schwieriger, sie zu erreichen?

Alle jungen Menschen hatten in den letzten Jahren eine geringere Chance, Praktikumsplätze zu bekommen und sich somit berufspraktisch auf ihr Arbeitsleben vorzubereiten. Dieses liegt darin begründet, dass viele Unternehmen in der Pandemie kaum oder gar keine Praktikumsplätze angeboten haben.

Das gerade benachteiligte junge Menschen viel geringere Chancen hatten, stimmt allerdings nur teilweise. Gerade für diese Zielgruppe gab und gibt es viele Unterstützungsinstrumente, die den Zugang zu praktischen Arbeitserfahrungen ermöglichen.

Insgesamt ist aber sicherlich problematisch für alle jungen Menschen, dass viel weniger Möglichkeiten für Praktika zur Verfügung standen und immer noch stehen.

Inwieweit die sprachlichen Ausdrucksmöglichkeiten abgenommen haben, lässt sich aus Sicht des Fachamtes noch nicht valide beurteilen.

Wie kann die rechtskreisübergreifende Zusammenarbeit zwischen Trägern, Jugendhilfe und Jobcenter noch weiter verstärkt werden, sodass keine Lücken entstehen und wie kann erreicht werden, dass die Träger tatsächlich konkurrenzlos zusammenarbeiten können?

Die Akteure der Jugendberufshilfe und der beruflichen Bildung sind, auch und gerade rechtskreisübergreifend, sowohl im institutionellen wie im informellen Austausch. Hierbei steht immer das Ziel im Vordergrund, zeitnahe und passgenaue Hilfen für jeden jungen Menschen anzubieten. Dieses Ziel wird ohne eine Konkurrenz der Angebote und immer im Sinne der Zielgruppe verfolgt.

Die kommunale Steuerung in der Stadt Karlsruhe erfolgt über die „Modellregion Übergang Schule Beruf“ und ist an den Stadtjugendausschuss e.V. delegiert worden. Das Regionale Übergangsmanagement-RÜM ist hierbei das strategische und bildungspolitische Instrument, welches an der Gestaltung der Übergänge Schule Beruf ansetzt mit dem Ziel, Schülern den direkten und passgenauen Einstieg in Ausbildung und Beruf zu ermöglichen.

Auf Initiative der Akteure in der Modellregion ÜSB hat der Gemeinderat im Juli 2020 einstimmig den Aufbau einer Jugendberufsagentur Karlsruhe, das „Haus der kurzen Wege“ beschlossen. Mit der gemeinsamen Entwicklung und Koordination wurde der Stadtjugendausschuss e.V. beauftragt.

Ziel ist, die Zusammenarbeit der Rechtskreise noch weiter zu verbessern, und den jungen Menschen niedrigschwellige Unterstützungsangebote in einem „Haus der kurzen Wege“ zu ermöglichen, im Sinne der Konzeption eines One Stop Government.

Sicher kann punktuell die Zusammenarbeit noch weiter verbessert werden, aber insgesamt verfügt die Stadt Karlsruhe hier über hervorragende Strukturen, und gerade in den letzten Jahren wurden rechtskreisübergreifende Angebote auf- und ausgebaut.

Ist die individuelle Unterstützung für Jugendliche, die den Schulabschluss nachholen wollen, ausreichend?

In der Stadt Karlsruhe gibt es diverse Möglichkeiten, einen Hauptschulabschluss nachzuholen. Diese reichen von kommerziellen Angeboten bis zu Kursen der Volkshochschule. Die Sozial- und Jugendbehörde berät hierzu selbstverständlich die jungen Menschen.

Ein besonderes Angebot zur Erreichung eines Hauptschulabschlusses stellt der vom Verein für Jugendhilfe durchgeführte Hauptschulkurs im Rahmen einer Hilfe zur Erziehung dar. Dieses ist ein Vorbereitungskurs zur Erlangung des externen Hauptschulabschlusses. Im Vordergrund steht die Förderung und Bildung von Jugendlichen, die aufgrund ihres sozialen Verhaltens an einer Regelschule als nicht mehr beschulbar gelten oder die 9-jährige Schulpflicht erfüllt haben. Sie trauen es sich zu und sind motiviert, in einem Schuljahr den Hauptschulabschluss zu erreichen.

Aus Sicht des Fachamtes ist die individuelle Unterstützung für Jugendliche, die den Schulabschluss nachholen wollen, ausreichend.